

## Die Angst vor den Schwarzmeergrundeln

**Fauna** Der Thurgauer Kantonsrat Reto Lagler (CVP) sorgt sich um die heimischen Fische im Bodensee. Mittels Einfacher Anfrage erkundigt er sich beim Regierungsrat, wie akut dieser die Bedrohung der Bodenseefauna durch das Einschleppen der Schwarzmeergrundeln einschätze. Bisher konnte deren Einwanderung durch die Flusskraftwerke oberhalb von Basel verhindert werden, schreibt er.

Zwei invasive Grundelarten aus dem Schwarzmeerraum bevölkern seit 2011 den Rhein bei Basel. Dies ist einem Merkblatt zu entnehmen, bei dem auch das Bundesamt für Umwelt mitgewirkt hat. «Als Laichräuber stellen sie eine grosse Gefahr für sensible Fischarten wie Äsche oder die Forelle dar», heisst es im Merkblatt.

Kantonsrat Lagler verweist in seinem Vorstoss darauf, dass die Ausbreitung dieser Fischart im Bodensee unanschätzbare Folgen für das gesamte Ökosystem und mit Sicherheit dramatische Konsequenzen für diverse einheimische Fischarten bis zur gänzlichen Verdrängung einzelner hätte. Er fragt deshalb auch, welche Massnahmen der Regierungsrat ergriffen hat, um «diese ernsthafte und konsequenzenreiche Bedrohung abzuwenden». Zudem erkundigt sich Lagler bei der Kantonsregierung, ob dieser ausreichend gesetzliche Grundlagen und genügend finanzielle Mittel für sämtliche zielführenden und notwendigen Präventionsmassnahmen zur Verfügung stünden.

Andere fremde Arten hätten es bereits bis in den Bodensee geschafft. Reto Lagler nennt etwa die Gefleckte Schwebegarnele, die Donau-Schwebegarnele oder die Quagga-Muschel. Diese breiteten sich mit «mehr oder weniger ernsthaften Konsequenzen aus», schreibt er im Vorstoss. Fachleute gehen davon aus, dass der in den 1990er-Jahren eröffnete Rhein-Main-Donau-Kanal die Einschleppung unerwünschter Arten begünstigt. (seb)

## Synode will Zölibat aufheben

**Kirche** Die Katholische Synode des Kantons Thurgau verlangt in einer Resolution externe Untersuchungskommissionen zu den Missbrauchsfällen, die Aufhebung des Pflichtzölibats und die Ordination von Frauen. Adressat der Resolution ist die Versammlung der Präsidenten der Bischofskonferenzen, die Ende Februar in Rom tagen wird.

Auslöser seien die Schreckensbotschaften über Missbrauchsfälle in der katholischen Kirche, heisst es im Text der Resolution. Es brauche dringend Veränderungen. Dazu haben die Vertreter der katholischen Bevölkerung im Thurgau konkrete Vorschläge formuliert. Es brauche eine umfassende und unabhängige Aufklärung der Missbrauchsfälle.

Um das Vertrauen in die hierarchische Führungsstruktur wiederherzustellen, sei «eine externe Untersuchungskommission» unabdingbar. Als starkes und mutiges Zeichen solle Rom das Pflichtzölibat aufheben und die Ordination von Frauen einführen. (sda)



Sie hätten sich wohl beide ein anderes Departement gewünscht: die neugewählten Bundesrätinnen Karin Keller-Sutter und Viola Amherd.

Bild: Yoshiko Kusano/Freshfocus

# Wermutstropfen nach der Wahl

**Bundesrat** Ostschweizer Bundespolitiker begrüssen, dass Karin Keller-Sutter Justizministerin wird – auch wenn manche sie lieber im Wirtschaftsdepartement gesehen hätten. Guy Parmelins früherer Wechsel wird kritisiert.

**Adrian Vögele, Bern**  
adrian.voegele@tagblatt.ch

Nun ist es also doch das Justizdepartement: Karin Keller-Sutter kehrt als Bundesrätin in jenen Bereich zurück, den sie bereits als Regierungsrätin in St. Gallen betreut, später als Ständerätin dann aber eher gemieden hatte. Die FDP macht nach dem Entscheid des Bundesrats keinen Hehl daraus, dass sie Keller-Sutter lieber im Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) gesehen hätte. Dafür wäre sie «prädestiniert» gewesen, schreibt die Partei in einer Mitteilung.

Bereits am Tag der Wahl hatten Ostschweizer FDP-Parlamentarier die Hoffnung geäussert, die Wilerin werde das Departement von Johann Schneider-Ammann übernehmen können. «Ich denke, dort schlägt ihr Herz», sagte

der Ausserrhoder Ständerat Andrea Caroni. Der St. Galler Nationalrat Walter Müller nannte nebst dem WBF auch das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) als weiteres Wunschdepartement für Keller-Sutter.

### «Man muss nehmen, was man bekommt»

Entsprechend fielen die Reaktionen von Ostschweizer Bundespolitikern am Montag nach der Departementsverteilung aus: positiv, aber nicht euphorisch. Er begrüsse, dass Keller-Sutter Justizministerin werde, sagt Hansjörg Brunner (FDP/TG): «Sie ist in diesem Bereich auf jeden Fall sehr kompetent.» Natürlich sei es für die FDP ein Wermutstropfen, dass sie das Wirtschaftsdepartement nicht erhalte. «Aber Karin Keller-Sutter wird in jedem Departement gute Arbeit leisten,

das wissen wir.» Als neugewähltes Mitglied des Bundesrates müsse man nehmen, was man bekomme.

Auch Thomas Ammann (CVP/SG) hätte Keller-Sutter eher im WBF gesehen. Dennoch: Auch für das Justiz- und Polizeidepartement bringe sie alle Voraussetzungen mit. «Alle Departemente sind wichtig», sagt Ammann und wehrt sich damit auch gegen die Ansicht, die CVP sei die Verliererin der Departementsverteilung, weil Viola Amherd das VBS übernehmen muss. «Wenn der Bereich Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport nicht wichtig wäre, gäbe es dafür kein eigenes Departement.» Ammann sieht den Abgang von Guy Parmelin nach nur drei Jahren an der Spitze des VBS allerdings kritisch. «Er hinterlässt diverse ungelöste Fragen.» Dass hingegen Simonetta Sommaruga

nach acht Jahren an der Spitze des EJPD wechseln wolle, dafür habe er volles Verständnis.

### Frauen sollen Bewegung ins EU-Dossier bringen

Bei der SVP wünscht man sich, dass Keller-Sutter in ihrem Departement einen harten Kurs fahren wird. «Ich hoffe, sie ist jene eiserne Lady, als die sie immer wieder bezeichnet wurde», sagt Roland Rino Büchel (SVP/SG). Nach acht Jahren unter der Führung von SP-Frau Simonetta Sommaruga sei eine «grosse Kurskorrektur» notwendig.

Auch wenn Keller-Sutter das WBF nicht bekommt, hoffen die Parlamentarier, dass sich in der Diskussion um den Rahmenvertrag mit der EU etwas bewegt. «Beide neugewählten Bundesrätinnen sind Pragmatikerinnen, die Lösungen anstreben», sagt Edith Graf-Litscher (SP/TG).

«Damit besteht nun die Chance, dass es vorwärtsgeht.» David Zuberbühler (SVP/AR) sagt, mit Karin Keller-Sutter als Mitglied werde der Bundesrat den Druck gegenüber der EU hoffentlich erhöhen. Parmelins Wechsel komme nicht unerwartet. «Er war beim VBS in einer Sackgasse», sagt Zuberbühler, der sich schwerpunktmässig mit Sicherheitspolitik befasst. Das wichtigste Geschäft für Viola Amherd sei nun die Kampfetbeschaffung. Die müsse bis 2030 gelingen – «sonst können wir die Armee gleich ganz vergessen».

Überrascht über die Departementsverteilung zeigt sich Markus Ritter (CVP/SG). «Erstaunlich ist erstens, dass die Bürgerlichen das Uvek hergeben. Und zweitens, dass Viola Amherd als einzige Juristin im Bundesrat das Justiz- und Polizeidepartement nicht bekommt.»

## SVP liefert Gesprächsstoff

**Romanshorn** Die Ortspartei will einen zweiten Sitz im Stadtrat und möchte angeblich auch jemanden fürs Stadtpräsidium ins Rennen schicken.

**Markus Schoch**  
markus.schoch@thurgauerzeitung.ch

Wer hat noch nicht, wer will noch mal? Seit ein paar Tagen macht das Gerücht in Romanshorn die Runde, dass nach der Findungskommission Pro Romanshorn mit Turi Schallenberg (SP) und Roger Martin (parteilos) auch die SVP mit einem eigenen Kandidaten Stadtpräsident David H. Bon das Amt streitig machen möchte – womit es dann schon drei Herausforderer wären. Allerdings wissen selbst Vorstandsmitglieder bis jetzt nur über das Gerede in der Stadt von diesen Plänen. Und Parteipräsidentin Monika Eugster wiegelt ab. Richtig sei, dass sich die SVP-Spitze am Donnerstag zu einer Sitzung treffe, bei der es

unter anderem ums Stadtpräsidium gehe. Mehr könne sie dazu im Moment nicht sagen. Die Öffentlichkeit werde aber rechtzeitig über Beschlüsse ins Bild gesetzt. Die Partei schreibt: «Der Vorstand wird am 13. Dezember über das weitere Vorgehen zur Unterstützung von Kandidaturen für das Stadtpräsidium und den Stadtrat entscheiden.»

### Melanie Zellweger und Dominik Reis kandidieren

Bereits kommuniziert hat die SVP ihre Strategie in Bezug auf den Stadtrat: Sie will bei der Wahl am 10. Februar einen zweiten Sitz gewinnen. Holen soll ihn Dominik Reis, den die Partei neben Amtsinhaberin Melanie Zellweger letzte Woche einstimmig nomi-

nierte. Reis ist politisch ein unbeschriebenes Blatt in Romanshorn. Der 52-Jährige ist in Erlen aufgewachsen, hat eine kaufmännische Lehre als Treuhänder absolviert und in verschiedenen Bereichen sein Wissen vertieft. Mitte der 1990er-Jahre wechsel-



Romanshoner Stadtrat David H. Bon. Bild: Donato Caspari

te er zur Polizei. Heute arbeitet Reis im Innendienst der Stadtpolizei Zürich und engagiert sich im Vorstand der Polizeigewerkschaft. «Ich kandidiere für den Stadtrat, weil ich seit 29 Jahren in Romanshorn wohne und mit meinen beruflichen Erfahrungen der Stadt etwas zurückgeben möchte», wird er in einer Mitteilung der SVP zitiert.

Damit sind es jetzt vier Kandidaten für die fünf frei werdenden Sitze im Stadtrat: Als Nachfolgerin von Käthi Zürcher schiebt die CVP Tamara Wiedermann ins Rennen, die FDP Philipp Gemperle für Patrik Fink und die SP Alban Imeri für Petra Keel. Reis könnte den parteilosen Christoph Suter oder den Grünen Urs Oberholzer beerben.

## Kispi-Vertrag zugestimmt

**Darlehen** Am 23. September sagte das Thurgauer Stimmvolk Ja zu einem Darlehen von 25,4 Millionen Franken für den Neubau des Ostschweizer Kinderspitals (Kispi) in St. Gallen. Die Zustimmung fiel mit fast 90-Prozent-Ja-Stimmenanteil hoch aus. Nun hat der Regierungsrat dem Darlehensvertrag mit der Stiftung Ostschweizer Kinderspital mit einer Laufzeit bis am 31. Dezember 2050 und Kapitaltilgungen erstmals ab dem 1. Januar 2022 zugestimmt. Dies schreibt er in einer Mitteilung. Der Regierungsrat hat die Finanzverwaltung ermächtigt, die einzelnen Tranchen bis zur Gesamtsumme von 25,4 Millionen Franken an die Stiftung Ostschweizer Kinderspital auszu zahlen. Der gesamte Neubau des Spitalgebäudes kostet 187 Millionen Franken. Es wird auf dem Areal des Kantonsspitals St. Gallen erstellt. (red)